

# Muss die Piratenjagd vor Somalia ausgeweitet werden?

## Ja!

„Aber die Ausweitung allein reicht nicht“



Rainer Stinner, Bundestagsabgeordneter der FDP, Mitglied im Verteidigungsausschuss

Piraterie muss dort bekämpft werden, wo sie stattfindet, deshalb ist die Ausweitung des Mandatsgebiets von Atalanta nicht falsch. Sie allein reicht aber nicht aus, um das Problem zu lösen.

Bisher war die Bundesregierung bei der Pirateriebekämpfung viel zu zögerlich. Nur deshalb konnten die Piraten ihr Operationsgebiet so weit ausdehnen.

Das bisher schon geltende Mandat sieht vor, Piraten aktiv zu bekämpfen. Die eigentlichen Überfälle machen sie mit Schlauchbooten, um aber erstmal auf hohe See zu kommen, haben die Piraten Mutterschiffe. Die Position dieser Mutterschiffe ist teilweise bekannt oder kann mit moderner Technik aufgeklärt werden. Dann müssen sie außer Gefecht gesetzt werden, etwa durch

einen Schuss in die Ruderanlage, und die Piraten müssen festgesetzt werden. Damit wäre die Gefahr für Handelsschiffe auf hoher See deutlich verringert.

Die Regierung aber traut sich das nicht. Sie beschränkt die Marine darauf, nur einzelne Schiffe zu begleiten und bei einem Überfall zu reagieren. Das reicht aber nicht aus. Denn dann weichen die Piraten aus und schlagen woanders zu.

Außerdem ist mit dieser Strategie kein Ende des Einsatzes in Sicht. Die Bedrohung durch Piraten wird nicht verringert und der Einsatz dauert endlos. Das kann nicht der Sinn der Sache sein.

Wenn also nur die Zone ausgeweitet wird, in der die Deutsche Marine Schiffe begleitet, ist das nicht zielführend, sondern nur Verschwendung von Steuergeldern. Wenn die Regierung aber endlich die vom Bundestag erhaltenen Befugnisse konsequent umsetzt, dann ist die Ausweitung richtig.

Deutschland als Exportnation hat schließlich ein riesiges Interesse an sicheren Seewegen.“

## Nein!

„Somalia braucht Entwicklung und Bildung“



Paul Schäfer, Bundestagsabgeordneter für Die Linke, verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion

Somalia erfüllt alle Standortfaktoren für ein zünftiges Piratennest: viel Küste und Meer, obendrein günstig gelegen, also reiche Jagdgründe. Viele kampferfahrene junge Männer, obendrein perspektivlos, also reichlich Nachwuchs. Wenig staatliche Ordnungskräfte, obendrein schwach und korrupt, also wenig Verfolgungsrisiko.

Schon an dieser knappen Analyse lässt sich erkennen, dass der militärische Lösungsansatz, eine Armada von Kriegsschiffen vor der Küste aufziehen zu lassen, bestenfalls Symptombehandlung ist.

Bei anhaltender Erfolglosigkeit nun das Einsatzgebiet auszuweiten und die Piraten in den Weiten des Indischen Ozeans zu suchen, ist vergleichbar mit einem Arzt, der einen

Krebskranken Stirnmuschläge verschreibt, weil die Wadenwickel nicht helfen.

Um dem Piraterieproblem vor Somalia beizukommen, braucht es weder ein zurufgebundenes Katz- und Maus-Spiel noch die großspurige Demonstration westlicher Seekriegsfähigkeit. Es braucht vielmehr einen langen Atem und den Willen, an die Kernprobleme heranzugehen: Somalia benötigt eine einsatzfähige Küstenwache, die in der Lage ist, ein- und auslaufende Schiffe zu kontrollieren – und nicht zuletzt auch die Raubfischerei zu unterbinden. Somalia braucht ein funktionierendes Polizei- und Justizsystem, um Piraten auch nach der Tat verfolgen, vor Gericht stellen und bestrafen zu können.

Und vor allem braucht Somalia Frieden, Bildung und wirtschaftliche Entwicklung, um den Piraten ihre Rekrutierungsbasis zu entziehen. Internationale Polizeikooperation, die auch den Zugriff auf die Hintermänner in europäischen Hauptstädten ermöglicht, ist dann schon das Sahnehäubchen. Darauf hinarbeiten mag langwieriger sein, als sich über das Seevölkerrecht hinwegzusetzen. Der Vorteil: Es wirkt.